

Bereich Arbeitsmarkt

1. Viele Unternehmen in Berlin zögern, Menschen mit Behinderung einzustellen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Unternehmen unterstützen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen? Was planen Sie, um Barrieren im Arbeitsleben abzubauen?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir wollen, dass mehr Firmen Menschen mit Behinderung einstellen. Deshalb unterstützen wir Inklusionsbetriebe mit gezielter Förderung. Das sind Firmen, die besonders viele Menschen mit Behinderung beschäftigen. Auch Ämter und andere öffentliche Stellen sollen mehr Menschen mit Behinderung einstellen. Dafür führen wir eine feste Quote ein. Sie soll auch privaten Firmen als Vorbild dienen. In den Werkstätten sollen die Beschäftigten mindestens den Mindestlohn bekommen. Die Werkstätten sollen ihnen außerdem aktiv beim Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt helfen. Neue Gebäude müssen zudem barrierefrei gebaut werden, das ist für uns Pflicht. Private Bauherr:innen bekommen dafür gezielte Förderung und staatliche Bauprojekte werden dazu verpflichtet. Schon in der Schule wollen wir, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen. Das führen wir Schritt für Schritt mit der mehr Gemeinschaftsschulen und einem grund auf neuem Schulsystem ein.

2. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten. Sie bekommen dort wenig Geld. Es ist schwer für sie, eine andere Arbeit zu finden. Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie helfen, dass Werkstätten die Menschen besser beim Wechsel unterstützen?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir wollen, dass mehr Menschen mit Behinderung eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden. Deshalb entwickeln wir die Werkstätten weiter. Die Beschäftigten sollen dort mindestens den Mindestlohn bekommen. Werkstätten sollen außerdem enger mit Firmen zusammenarbeiten. Unser Ziel ist: aus der Werkstatt in eine zu einer allgemeinen Beschäftigung. Schon in der Schule beraten wir Jugendliche mit Behinderung gut. So finden sie eine Arbeit, die zu ihren Stärken passt, nicht nur eine schlecht bezahlte Stelle. Wer schon in einer Werkstatt arbeitet, kann außerdem ein Praktikum in einer Firma machen. Das Praktikum zeigt, wie die Arbeit dort ist. Das erleichtert den Wechsel.

Bereich Teilhabe

3. In Berlin fehlen vielerorts pädagogische und pflegerische Fachkräfte, sodass Unterstützung und Teilhabe darunter leiden. Was tut Ihre Partei konkret, damit mehr Menschen den Beruf der Heilerziehungspflege erlernen wollen?

Antwort Tierschutzpartei:

Heilerziehungspfleger:innen leisten wichtige Arbeit für Menschen mit Behinderung. Wir wollen ihre Stellen langfristig sichern. Der Beruf soll besser mit Familie und Ehrenamt vereinbar sein. Deshalb verbessern wir die Urlaubsregelungen. Außerdem wollen wir die Fachkräfte von Büroarbeit entlasten. Dafür stellen wir zusätzliche Verwaltungskräfte ein. Sie bereiten zum Beispiel Anträge oder Förderpläne vor. So wird der Beruf attraktiver. Auch in der Berufsorientierung an Schulen wollen wir den Beruf bekannter machen. Er soll stärker als sozialer Beruf bekannt sein.

4. Menschen mit Behinderung haben ein Recht. Sie dürfen selbst entscheiden, wie und wo sie leben. Was planen Sie, damit Menschen mit Behinderung in Berlin wirklich selbst entscheiden können, wie sie leben und welche Unterstützung sie bekommen?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung wirklich frei wählen können, wie und wo sie leben. Deshalb bauen wir mehr barrierefreien und barrierearmen Wohnraum. Neue Häuser müssen von Anfang an barrierefrei sein. So gibt es am Ende eine echte Auswahl bei der Wohnung. Auch bei Schule und Arbeit schaffen wir mehr echte Wahlmöglichkeiten. Kinder mit Behinderung sollen leichter eine Regelschule besuchen können. Wer in einer Werkstatt arbeitet, soll leichter in eine allgemeine Beschäftigung wechseln können. Nicht der Mensch mit Behinderung muss sich anpassen. Die Gesellschaft muss sich anpassen, damit echte Wahlfreiheit möglich wird.

Bereich Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren

5. In Berlin dauern Verwaltungsverfahren oft lange und sind für viele Menschen schwer verständlich. Frage: Was wollen Sie konkret tun, um Anträge, Genehmigungen und Verwaltungsprozesse einfacher und schneller zu machen?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir wollen Verwaltungsverfahren in Berlin deutlich schneller machen. Dafür stellen wir mehr Personal ein und vereinfachen Abläufe. Veraltete und widersprüchliche Regeln schaffen wir ab. Anträge und Formulare sollen außerdem leicht verständlich sein, auch in Leichter Sprache. Wer Hilfe beim Ausfüllen braucht, soll Unterstützung direkt im Amt bekommen. Gleichzeitig bauen wir die Digitalisierung der Verwaltung aus, damit möglichst vieles online geht. Wer lieber persönlich vorbeikommt, kann das aber weiterhin tun.

6. Träger sozialer Einrichtungen in Berlin berichten von hohem bürokratischem Aufwand bei Förderanträgen und Abrechnungen. Frage: Welche Maßnahmen planen Sie, um soziale Organisationen spürbar zu entlasten?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir wollen den Aufwand bei Förderanträgen deutlich senken. Dafür sollen soziale Angebote nicht mehr jedes Jahr neu beantragt werden. Stattdessen bekommen Träger mehrjährige Fördervereinbarungen oder eine feste Finanzierung als Regelangebot. Das gibt Planungssicherheit und spart Zeit. Doppelte Antragsverfahren und veraltete Regeln bauen wir außerdem ab. Verwaltungen sollen sich besser untereinander vernetzen. So müssen Träger nicht mehrere Stellen einzeln kontaktieren. Zusätzlich stellen wir Geld bereit, damit Träger eigene Verwaltungskräfte einstellen können. Diese helfen bei Anträgen und Abrechnungen, damit sich das restliche Personal auf die eigentliche Arbeit konzentrieren kann.

Bereich Wohnen

7. In Berlin gibt es zu wenig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weshalb politische Lösungen dringend erforderlich sind. Was tun Sie, damit es mehr bezahlbare Wohnungen ohne Barrieren gibt?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir setzen den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ endlich konsequent um. Große Wohnungsbestände werden dafür vergesellschaftet, das sichert stabile Mieten und schafft mehr bezahlbaren Wohnraum. Außerdem schaffen wir ein landesweites Mietenkataster, damit der Wohnungsmarkt transparenter wird. Neue Wohnungen müssen von Anfang an barrierefrei gebaut werden. Auch bestehende Wohnungen sollen barrierefrei umgebaut werden, das schreiben wir verbindlich vor. Das Grundrecht auf eine Wohnung darf nicht an einer Behinderung scheitern.

8. Gerade in Berlin betrifft die Wohnungsfrage nicht nur den Neubau, sondern auch den Schutz bestehender Mietverhältnisse – besonders für Menschen mit geringem Einkommen oder Unterstützungsbedarf. Was tun Sie konkret, um steigende Mieten zu begrenzen und Verdrängung zu verhindern?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir schützen Mieter:innen vor Verdrängung. Dafür gehen wir gegen Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vor. Den Milieuschutz bauen wir aus. Vermieter:innen müssen einem Wohnungstausch zustimmen, wenn die Miete gleich bleibt. Wohnungslosigkeit verhindern wir frühzeitig. Dafür stellen wir Hilfe bei Mietschulden, Vermittlung zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen sowie kostenlose Beratung. Leerstand bekämpfen wir konsequent. Außerdem setzen wir den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ endlich um. So kommen große Wohnungsbestände in öffentliche Hand. Das macht die Mieten dort stabil und schützt vor Verdrängung.

Bereich Barrierefreie Kommunikation und Information

9. Viele Menschen können schwierige Sprache nicht gut verstehen. Deshalb müssen wichtige Informationen auch in Leichter Sprache verfügbar sein. Das gilt zum Beispiel für die Website berlin.de und für Anträge. Bis wann sind alle wichtigen Informationen im Land Berlin auch in Leichter Sprache zu finden?

Antwort Tierschutzpartei:

Digitale Barrierefreiheit ist uns sehr wichtig. Deshalb sollen alle wichtigen Texte der Berliner Verwaltung in Leichter Sprache verfügbar sein. Das gilt auch für Anträge und für die Internetseite berlin.de. Ein festes Datum können wir dafür aber nicht seriös nennen. Der Grund: Wie schnell das geht, hängt auch von den Mehrheiten im Abgeordnetenhaus ab. Außerdem braucht die Umsetzung Zeit, zum Beispiel für Technik und Zuständigkeiten. Klar ist uns aber: Wir wollen das verbindlich und zügig umsetzen. Menschen mit Behinderung und ihre Verbände sollen von Anfang an mitreden.

10. Wie wird sichergestellt, dass trotz notwendiger Digitalisierung künftig analoge Angebote des Landes bestehen, falls Bürgerinnen und Bürger eine Digitalisierung nicht umsetzen können oder wollen?

Antwort Tierschutzpartei:

Uns ist wichtig, dass niemand durch die Digitalisierung der Verwaltung benachteiligt wird. Deshalb soll der Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen digital, telefonisch, schriftlich oder persönlich möglich sein. Jeder Mensch soll selbst wählen können, welchen Weg er oder sie nutzt. Chatbots in der Verwaltung lehnen wir ab, denn Menschen sollen mit Menschen sprechen können. Zusätzlich setzen wir auf mobile Bürgeramts-Teams. Sie helfen besonders Menschen, die schlecht zu einem Amt kommen können. So bleibt der persönliche Kontakt erhalten, zum Beispiel für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung.

Bereich Mobilität

11. Wie wird gewährleistet, dass Inklusionstaxen einfach und verlässlich zur Verfügung stehen statt nur am BER?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir wollen, dass Inklusionstaxen in ganz Berlin zuverlässig verfügbar sind, nicht nur am Flughafen BER. Aktuell gilt: Nur Taxiunternehmen mit mehr als 20 Fahrzeugen müssen mindestens 5 Prozent ihrer Flotte barrierefrei anbieten. Das betrifft aktuell nur 77 von rund 1.800 Berliner Taxiunternehmen und beinhaltet noch immer viele Ausnahmen. Diese Schwelle ist uns zu hoch, wir wollen sie senken, damit mehr Unternehmen barrierefreie Taxen bereitstellen müssen. Außerdem fördern wir Neuanschaffungen und Umbauten zu Inklusionstaxen weiter. Wir werden eine Liste der Anbieter von Inklusionstaxen endlich auf der Internetseite des Landesamts für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

nutzerfreundlich bereitstellen und direkt mit Buchungsmöglichkeiten verknüpfen. Taxiunternehmen verpflichten wir gesetzlich dazu, diese Informationen bereitzustellen.

12. Bis wann werden zumindest alle Hauptstraßen Berlins mit ihren Kreuzungen und Einmündungen überall barrierefreie Doppelquerungen haben?

Antwort Tierschutzpartei:

Doppelquerungen lösen ein wichtiges Problem: Blinde Menschen brauchen eine tastbare Bordsteinkante, Menschen im Rollstuhl oder mit Rollator brauchen eine abgesenkte Kante ohne Stufe. Eine Doppelquerung bietet beides direkt nebeneinander. Das ist für uns Teil einer konsequent barrierefreien Stadt mit sicheren Querungsmöglichkeiten für alle. Wir setzen uns dafür ein, Doppelquerungen deutlich auszubauen und zum baulichen Standard an großen Hauptstraßen und ihren Einmündungen zu machen. Ein festes Datum für die vollständige Umsetzung können wir aktuell nicht seriös nennen, das hängt auch von den Mehrheiten im Abgeordnetenhaus ab. Klar ist aber unser Ziel: Alle Bezirke sollen zügig nachziehen.

Bereich Bildung

13. Eltern dürfen wählen, dass ihr Kind eine Regelschule besucht. Aber oft klappt das nicht in der Praxis – weil passende Unterstützung und Personal fehlen. Was planen Sie, damit dieses Recht auch wirklich funktioniert?

Antwort Tierschutzpartei:

Wir sehen in der Schule einen wichtigen Hebel für echte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Deshalb vernetzen wir Förder- und Regelschulen besser. So gelingen Übergänge leichter, und das Personal kann sich besser austauschen. Die Beantragung von Assistenz machen wir deutlich einfacher. Bei Neu- und Umbauten von Schulen denken wir von Anfang an reizarme Klassenräume, ruhigere Schulhöfe und Rückzugsräume mit. Multiprofessionelle Teams bauen wir aus, damit die Förderung von Kindern mit Behinderung keine zusätzliche Last für einzelne Lehrkräfte wird. Außerdem entlasten wir Lehrkräfte von Bürokratie, durch mehr Verwaltungskräfte und bessere Digitalisierung. So bleibt mehr Zeit für die Kinder und ihr Recht auf den Regelschulbesuch.

14. Manche Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen können nicht an Prüfungen teilnehmen. Zum Beispiel, weil Prüfungen nicht barrierefrei sind. Oder weil sie nicht in Gebärdensprache möglich sind. Oder weil manche Kinder anders unterrichtet werden als die anderen – das nennt man zieldifferenter Unterricht. Diese Kinder dürfen dann gar nicht an Prüfungen teilnehmen und bekommen keinen Schulabschluss. Was planen Sie, damit alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Abschluss haben?

Antwort Tierschutzpartei:

Kein Kind darf wegen ziendifferentem Unterricht oder fehlender Barrierefreiheit von einem Schulabschluss ausgeschlossen werden. Ziendifferenter Unterricht sollte aus unserer Sicht nicht nur Kindern mit besonderem Förderbedarf helfen, sondern allen Kindern. Deshalb müssen auch Prüfungen und Schule insgesamt neu gestaltet werden. Wir wollen deshalb gemeinsam mit allen wichtigen Personengruppen das Schulsystem grundlegend überarbeiten und sie mit der Verwaltung passende Gesetzentwürfe entwickeln lassen. Bis diese große Reform steht, setzen wir uns für bessere Leitlinien für das pädagogische Personal ein. So ist vom Beginn der Regelschulzeit an klar, welche Schritte auch bei individuellen Lernzielen zum Abschluss führen. Außerdem führen wir Zentralprüfungen ein. So sind die Aufgaben an allen Schulen gleich, und die Übersetzung in Gebärdensprache bleibt nicht an einzelnen Lehrkräften hängen.